

## **Identitätspolitik. Demokratische Antworten auf einen rechten Diskurs**

Vortrag in der Reihe „Nach dem Rechten sehen“ von der  
Heinrich-Böll-Stiftung und dem Theater Bremen  
am 14. Januar 2020

Prof. em. Dr. Lothar Probst  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bremen  
[www.lotharprobst.de](http://www.lotharprobst.de)

Wenn man nach differenzierten Antworten in der Auseinandersetzung mit rechter Identitätspolitik sucht, kann es leicht passieren, missverstanden zu werden. Ich werde Ihnen deshalb wahrscheinlich keine befriedigende Antwort darauf geben, wie man aus demokratischer Perspektive rechte Identitätspolitik erfolgreich bekämpfen kann. Es gibt natürlich viele kluge und auch mir bekannte Argumente und Antworten auf den rechten Identitätsdiskurs. Die rhetorischen Sprachmuster, Stilmittel und Feindbilder des Rechtspopulismus sind gut und zutreffend analysiert worden, u.a. am Beispiel von Björn Höckes Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“, in dem er Elemente nationalsozialistischer Ideologie wiederbelebt. Viele Begriffe und Denkmuster des rechten Identitätsdiskurses wie Volks- oder Abstammungsgemeinschaft wurden in der bisherigen Veranstaltungsreihe ja auch schon eingehend analysiert. Gleichwohl glaube ich, dass wir mehr intellektuelle Anstrengungen darauf verwenden müssen, uns kritisch und selbstkritisch mit rechter Identitätspolitik auseinanderzusetzen. Dazu gehört auch, intellektuelle Selbstgewissheit und moralische Überlegenheitsgefühle zu vermeiden, sonst dringt man nicht zu den Gründen für den Erfolg rechter Identitätspolitik vor.

Wenn man wissenschaftlich über Identitätspolitik spricht, legt man normalerweise zunächst einmal offen, was man überhaupt unter Identität versteht. Das stellt sich jedoch als ein schwieriges Unterfangen heraus, denn Identität ist ein offener und schwer zu definierender Begriff. Ähnlich wie der Begriff Populismus wird er mit den unterschiedlichsten Vorstellungen aufgeladen. Das geht kreuz und quer durch die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Psychologen, Kulturwissenschaftler, Politikwissenschaftler und Historiker haben differente Vorstellungen und Definitionen davon, was unter Identität zu verstehen ist. Eine wichtige Unterscheidung ist zunächst einmal die zwischen personaler Identität und kollektiver Identität. In der Psychologie wird personale Identität „als Akt sozialer Konstruktion“ verstanden. Sie bildet gewissermaßen „ein selbstreflexives Scharnier zwischen der inneren und der äußeren Welt“ (Keupp 2015). Aber keine Person verfügt allein über die Konstruktion ihrer Identität, sondern diese wird ihr auch von anderen zugeschrieben – ist also in den sozialen Zusammenhang eingebettet, in dem sich eine Person bewegt. Die lange Zeit vorherrschende Vorstellung von der Herausbildung einer stabilen und gesicherten personalen Identität im Laufe des Lebens wurde nicht erst im postmodernen Diskurs radikal in Frage gestellt, sondern schon vorher ging man von einer Verflüssigung personaler Identität aus. In modernen Gesellschaften, darüber herrscht in der wissenschaftlichen Literatur weitgehend Einigkeit, gibt es Identität nur noch im Plural. Sie ist ein wandelbares Konstrukt und kann situativ durch sehr unterschiedliche Merkmale geprägt sein: durch das jeweilige Geschlecht, die Klassen- oder Schichtzugehörigkeit, die soziale Lage oder die ethnische Herkunft. Durch Migration haben sich außerdem sogenannte hybride personale Identitäten herausgebildet – also kulturelle Mischformen, die sich in einer Person überlagern können.

Schwierig wird es erst, wenn wir uns kollektiven Identitäten zuwenden, also vor allem nationaler Identität, wie sie etwa in völkischer Terminologie von der AfD und der Identitäten Bewegung beschworen wird. Schon nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren setzte man sich dem Verdacht aus, den politischen Diskurs nach rechts zu verschieben, wenn man

über nationale Identität redete. In der von Jürgen Habermas postulierten „postnationalen Konstellation“ galt jedenfalls die Rede über politische Kollektividentitäten, die auf die Nation bezogen waren, im gesellschaftlichen Diskurs als rückwärtsgewandt. Das galt erst recht, wenn damit die Vorstellung von einem kollektiven nationalen Wir-Gefühl verbunden war. Sie kennen vielleicht die Anekdote von den zwei jüdischen Psychoanalytikern, die darüber streiten, was gefährlicher ist: Wenn die Deutschen eine Identität haben oder wenn sie keine haben ...

Wenn in den 1990er Jahren positiv über Identitätspolitik diskutiert wurde, dann vor allem aus einer linksliberalen Perspektive, in der es angesichts der kulturellen Diversität moderner Gesellschaften um gruppenbezogene Ansprüche von Minderheiten geht. Erst die öffentliche Anerkennung als Opfer von Ausgrenzung und Unterdrückung sichert den Status als rechtlich geschützte und gesellschaftlich anerkannte Minderheit. Inzwischen hat sich die Diskurslage jedoch radikal verändert. Die Einforderung von „Identität“ und die Formulierung einer neuen Identitätspolitik sind innerhalb weniger Jahre zu einem Instrument rechtskonservativer und rechtspopulistischer Bewegungen und Kräfte geworden, die das semantische Feld rund um den Begriff „Identität“ neu aufgerollt und codiert haben. Vor allem in den neuen sozialen Medien hat sich eine Assoziationskette aus den Begriffen Identität, Emotion, Entfremdung im eigenen Land, Zugehörigkeit, Schicksalsgemeinschaft und deutsche Leitkultur herausgebildet, die weit in die Gesellschaft ausstrahlt. Dabei hat sich die Frage, wer aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt wird, ins Gegenteil verkehrt. Eine imaginierte Mehrheit setzt sich heute politisch und sprachlich gegen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite zur Wehr, die, so die gefilterte Wahrnehmung, auf Minderheiten fixiert ist und die breite Masse der Mehrheitsdeutschen vernachlässigt. Die AfD nimmt für sich in Anspruch, genau diese vorgebliche Mehrheit zu repräsentieren. Ihr Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland warf den „etablierten“ Parteien auf einer AfD-Kundgebung in Berlin am 27. Mai 2018 vor, dass sie „die Fremden lieben, nicht uns, nicht euch, nicht die Deutschen“. Das Milieu, in dem dieser Diskurs gepflegt wird, beschränkt sich jedoch keinesfalls auf die AfD oder auf die Identitäre Bewegung.

Die linke bzw. links-liberale Öffentlichkeit hat bisher aus guten Gründen mit Abwehr auf den neuen rechten Identitätsdiskurs reagiert, sieht sich jedoch mit dem Vorwurf konfrontiert, selber mit ihrer Politik der kulturellen Differenz dem neuen Trend Vorschub geleistet zu haben. In den USA setzte schon kurz nach dem Wahlsieg von Donald Trump eine breite intellektuelle Debatte über Versäumnisse der linksliberalen Bewegungen und der Demokratischen Partei ein. Die identitätspolitische Ausrichtung der amerikanischen Linken auf Minderheiten, so Mark Lilla in der New York Times, sei Mitschuld daran, dass die Populisten die Identität der Mehrheit in Stellung bringen konnten (Lilla 2016). Und der amerikanische Politikwissenschaftler Patrick Deneen beklagt, dass in den letzten zwanzig Jahren ein ökonomischer Neoliberalismus eine unheilvolle Allianz mit einer libertären Kultur der Differenz eingegangen sei. Dadurch werde das Individuum immer stärker auf sich selbst zurückgeworfen und die Fähigkeit zur Gemeinschaftsbildung untergraben (Deneen 2018).

Die damit angestoßene Debatte erinnert an den bereits in den 1980er Jahren ausgetragenen Streit in den USA zwischen sogenannten Kommunitaristen, die den Wert von politischen Gemeinschaften betonten, und verschiedenen liberalen Denkern, die in der Beschwörung von Gemeinschaften einen Rückschritt gegenüber individueller Selbstbestimmung und Universalismus sahen. Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass auch die jetzige Debatte um Identität und Gemeinschaft mit ähnlichen Begriffen wie damals ausgetragen wird. Im Zuge der Globalisierung, so eine populäre These von einigen Sozialwissenschaftlern, habe sich ein Gegensatz zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus als neue zentrale Konfliktlinie herausgebildet (Merkel 2017). Nach dieser Lesart verhalten sich Kommunitaristen, womit in diesem Fall bestimmte Bevölkerungsgruppen gemeint sind, ökonomisch und kulturell regressiv im Hinblick auf die Globalisierung und trauern dem Nationalstaat nach. Soziologisch gewendet bringt diese Konfliktlinie eine Spaltung der Gesellschaft mit sich: Einerseits in Globalisten, die ökonomisch, sozial und kulturell die Früchte der Globalisierung genießen, und andererseits in Antiglobalisten, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen verharren, kaum Aufstiegsmöglichkeiten haben sowie kulturell und politisch für Abschottung und homogene Gemeinschaftsbildung anfällig sind.

Welchen Stellenwert hat vor diesem Hintergrund die Beschwörung ethnisch aufgeladener nationaler Identität in der rechten Identitätspolitik und wie kann man darauf reagieren? Zunächst einmal muss man davon ausgehen, dass auch kollektive Identitäten, ähnlich wie personale Identitäten, Konstrukte sind. Sie schaffen gleichwohl einen imaginären, aber wirkungsvollen Zusammenhang zwischen Menschen, die eigentlich durch ihre soziale Lage, ihre unterschiedlichen Interessen und politischen Orientierungen voneinander getrennt sind. Im linksliberalen Diskurs wird die Bedeutung der Konstruktion solcher kollektiven Identitäten oft unterschätzt, weil ein rationalistisches Politikverständnis unterstellt, dass die meisten Menschen einer reinen Interessenpolitik folgen. Aus einer solchen Perspektive erschließt sich z.B. nicht, warum Menschen, die in einer prekären sozialen Lage leben, für rechtspopulistische Parteien votieren, obwohl diese häufig Elemente einer neoliberalen Politik vertreten und insofern gegen die Interessen dieser Menschen handeln. Dass ein auf die Nation bezogenes Wir-Gefühl in einer Zeit ökonomischer und kultureller Verunsicherung eine Projektionsfläche für sehr unterschiedliche Wünsche und Hoffnungen bieten kann, ist dann schwer nachzuvollziehen.

Darüber hinaus stößt ein auf die Nation bezogener Identitätsbegriff im linksliberalen Milieu in der Regel auf Abwehr, weil damit die unheilvollen Traditionen nationalistischer Bewegungen assoziiert werden. Dabei wird allerdings nicht zwischen einem völkisch definierten Nationsbegriff und einem politischen Begriff von Nation unterschieden. Letzterer bezieht sich auf die Republik, auf das „Wir“ als politische Gemeinschaft jenseits verschiedener ethnischer Herkunft und ist deshalb nicht genuin ausschließend und fremdenfeindlich. Selbst die Berufung auf das Volk ist nicht in jeder Situation völkisch. Als die Demonstranten 1989 in Leipzig gerufen haben, „Wir sind das Volk“, artikuliert sich darin ein revolutionäres politisches Wir

und kein völkisches Wir. Oder denken wir an die amerikanische Verfassung, die mit den Worten beginnt: We, the people ... Auch darin artikuliert sich das politische Wir einer pluralen Einwanderungsgesellschaft, die die USA von Anfang an waren.

Natürlich will ich die Gefahren, die von einem völkischen Identitätsdiskurs ausgehen, nicht bagatellisieren, aber man muss sich damit auseinandersetzen, dass die neue rechte Identitätspolitik auch deshalb erfolgreich ist, weil viele Menschen sich nicht in erster Linie über die multiplen Identitäten eines postmodernen „Ichs“ definieren, sondern über ein „Wir“. Die eigene Nation ist und bleibt dabei ein wichtiger Bezugspunkt der Identifikation, auch wenn es daneben andere gibt. Nicht zuletzt durch die verhängnisvolle deutsche Geschichte und die deutsche Teilung war der auf die Nation bezogene Diskurs lange Zeit stark tabuisiert, während in anderen europäischen Ländern die Zugehörigkeit zur eigenen Nation mit einem starken „Wir-Gefühl“ verbunden war.

In Westdeutschland war Europa nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur für die junge Generation ein willkommenes Fluchtpunkt für eine neue Identifikation jenseits der eigenen Nation. Aber die Situation hat sich durch die Wiedervereinigung geändert. Vor allem in Ostdeutschland wurden unter der Glocke der SED-Diktatur nationale Orientierungen konserviert, die sich in dem Wunsch nach Einheit, aber auch nicht erfüllter Anerkennung manifestierten. Nicht zufällig ist der Resonanzboden für die rechte und nationalistische Ausrichtung der AfD in Ostdeutschland noch stärker als in den meisten westdeutschen Regionen. Aber auch hier wächst angesichts zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus das Bedürfnis nach einer „Normalisierung“ der Identifikation mit der eigenen Nationalität. Das bedeutet nicht zwingend, dass Europa deshalb im Wertehorizont der überwiegenden Mehrheit an Bedeutung verliert, wie man bei der Europawahl sehen konnte, sondern nur, dass regionale Identitäten und die Identifikation mit Deutschland an Bedeutung gewonnen haben. Unverträglich wird diese Entwicklung immer dann, wenn sich die nationale Identifikation gegen „die“ Fremden, also die Zugewanderten und die Andersartigen richtet, so wie es bei der AfD und ihrem politischen Umfeld der Fall ist.

Emmanuel Macron hat sich in vielen seiner Reden zu den Perspektiven Europas mit den „Identitaristen“, wie er sie nennt, auseinandergesetzt, weil sie die Idee der „europäischen Identität“ verraten. Die Grundidee der europäischen Identität, so Macron, „das ist an erster Stelle eine Demokratie, welche Respekt hat für das Individuum, die Minderheiten und die Grundrechte“ (Macron 2017). Er verteidigt die Vielfalt Europas und beschwört zugleich dessen Einheit. Schaut man jedoch auf die aktuelle europäische Landkarte sind die Kräfte im Vormarsch, die dieser Vorstellung von Europa das Garaus machen wollen und dabei sind, ein Europa der „Vaterländer“ zu schaffen, das sich nach außen abgrenzt, Zuwanderung massiv einschränkt sowie eine kulturelle Kehrtwende anstrebt.

Auch in Deutschland haben die Parteien des demokratischen Spektrums die Herausforderung erkannt und versuchen, mit unterschiedlichen Konzepten auf den Einfluss rechter

Identitätspolitik zu reagieren. Im linken Spektrum haben Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine mit ihrer Sammlungsbewegung „Aufstehen“ sozialpopulistische mit nationalpopulistischen Ideen angereichert – sind damit aber gescheitert. Die Grünen haben das Thema Heimat schon seit Längerem für sich entdeckt und versuchen, damit auf den rechten Identitätsdiskurs zu reagieren. Die CDU hält sich trotz ihrer eigenen starken nationalen und konservativen Wurzeln eigentümlich bedeckt. Sie grenzt sich einerseits gegen die AfD und deren national-konservativ verbrämten und EU-kritischen Kurs ab, bietet jedoch andererseits selber kein klares Angebot für eine auf politische Gemeinschaft bezogene Identifikation an. Noch unklarer ist die Position der SPD. Andreas Reckwitz (2017) hat in einer soziologischen Studie zur Drei-Drittel-Gesellschaft herausgearbeitet, dass sich die SPD seit der Agenda 2010 sozialpolitisch nach rechts und gesellschaftspolitisch nach links bewegt hat, indem sie, ähnlich wie die Demokraten in den USA, auf den libertären Diskurs der kulturellen Identitätspolitik für Minderheiten eingeschwenkt ist. Beides habe dazu beigetragen, so Reckwitz, dass sich die Partei von ihrer Kernwählerschaft entfernt hat. Obwohl die SPD aufgrund ihrer Geschichte als ehemalige Arbeiterpartei eigentlich ein Gespür für das Bedürfnis nach Gemeinschaft haben müsste, ist sie in dieser Beziehung relativ sprachlos und sucht noch nach einer Antwort auf den rechten identitätspolitischen Diskurs.

Fasst man die bisherigen Reaktionen auf den identitätspolitischen Diskurs von rechts zusammen, wird deutlich, dass man zwar die Herausforderung erkannt, aber noch keine überzeugenden und demokratieverträglichen Antworten gefunden hat. Es kristallisiert sich jedoch heraus, dass der reine Verweis auf das Grundgesetz als die demokratische Bibel, an die sich alle zu halten haben, keine ausreichende Antwort auf den rechten identitätspolitischen Diskurs bietet. Es gibt jenseits der verfassungsrechtlichen Grundsätze zivile (!) gesellschaftliche Konventionen und Normen, deren Einhaltung von allen einzufordern ist – selbstverständlich auch von Zuwanderern, ohne von ihnen deshalb eine kulturelle Assimilation zu erwarten oder sogar zu verlangen. Darüber sollte unter demokratischen Parteien Einigkeit herrschen. Schließlich ist das Bedürfnis nach etwas Gemeinschaftlichem und Verbindendem jenseits der individuellen Selbstbestimmung und der Verfassung nichts Anrühiges – jedenfalls wenn es nicht auf Ausschluss hinausläuft. Im Gegenteil, es gibt auch in der Gesellschaft der Singularitäten durchaus das Bedürfnis nach haltgebender Gemeinschaft, die sich dem Stress der hektischen, auf Eigenoptimierung programmierten Gesellschaft entgegenstellt. Dafür sollten demokratische Parteien und wir ein offenes Ohr haben.

Literaturhinweise:

Deneen, Patrick J.: *Why Liberalism failed*, Yale University Press 2018.

Keupp, Heiner: Identität, in: *Lexikon der Psychologie*, Heidelberg 2015 (Download: <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/identitaet/6968>).

Lilla, Mark: *The End of Identity Liberalism*, in *New York Times* vom 18. November 2016.

Zitiert aus der Rede Emmanuel Macrons an der Pariser Sorbonne am 26. September 2017 (in deutscher Übersetzung abgedruckt in der Zeitschrift *TheEuropean*. Das Debattenmagazin. Download: <https://www.theeuropean.de/emmanuel-macron/13988-macrons-sorbonnerede-i>).

Merkel, Wolfgang: *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt in der Demokratie*, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (eds.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9-23.

Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017.